

Vossische Zeitung

Begründet

1704

Einzelne Nummer

Berlinische Zeitung von Staats- und gelehrten Sachen

30 Pfennig

Die Vossische Zeitung erscheint wöchentlich zwölfmal; Sonntags mit der illustrierten Beilage „Zeitbilder“ Sonstige Beilagen, Finanz- und Handelsblatt, Kurszettel der Berliner Börse, Allgemeine Verlosungsliste, Grundstück und Hypothek, Umschau in Technik und Wirtschaft, Literarische Umschau, Hochschulblätter, Für Reise und Wanderung.

Bezug: In Gross-Berlin und Umgegend durch eigene Boten täglich frei ins Haus und durch die Post monatlich 15 Mark. Anzeigen: Zeile 3 Mark und 66 2/3 % Teuerungszuschlag. Familienanzeigen 2 Mark netto die Zeile. Keine Verbindlichkeit für Aufnahme in eine bestimmte Nummer. Annahme im Illsteinhaus, Berlin SW 68, Kochstr. 22-26, und in allen Geschäftsstellen.

Verlag Illstein. Chefredakteur Georg Bernhard. Verantw. Redakteur (im Anse d. Handelsl.): Jul Eilbau, Berlin. Unverlangte Manuskripte werden nur zurückgesandt, wenn Porto beiliegt.

Schriftleitung: Berlin SW 68, Kochstraße 22-26

Fernsprech-Zentrale Illstein. Moritzplatz 11800 bis 11852. Die Zentrale verbindet mit den einzelnen Abteilungen. Telegramm-Adresse: Illsteinhaus Berlin, Postcheckkonto Berlin 660.

Neue Zwangsmaßnahmen angedroht.

Auch in der Entwaffnungs- und Kriegsbeschuldigtenfrage.

Drahtmeldung.

London, 9. März. (Gagos.)

Die heutige Sitzung der Konferenz begann mittags um 12 Uhr und war um 1 Uhr 45 Min. beendet. Die alliierten Delegierten prüften in ihren Einzelheiten die Durchführungsmöglichkeiten der wirtschaftlichen Zwangsmaßnahmen und nahmen Kenntnis von dem ersten Bericht der Rheinland-Kommission, wonach die Beschlagnahme der Zölle an der Grenze, welche Deutschland von Frankreich und Belgien trennt, bereits begonnen hat. Darauf prüften sie die Bedingungen für die Errichtung einer Zollgrenze am Rhein und bestimmten, welche Erzeugnisse bei ihrer Einfuhr oder bei ihrer Ausfuhr aus dem besetzten nach dem unbefetzten Deutschland belastet werden können. Zum Schluß legten sie die Grundlagen für einen einheitlichen Gesetzentwurf fest, der von jeder der beteiligten Regierungen ihrem zuständigen Parlament vorgelegt werden soll, um so zu erreichen, daß ihre Staatsangehörigen für Rechnung der Reparationskommission einen Teil der Zahlungen leisten, die sie ihren deutschen Lieferanten schulden. Die Einzelheiten der Durchführung werden heute nachmittag in einer Sitzung der Sachverständigen geregelt werden.

Um 6 Uhr nachmittags wird der Oberste Rat von neuem zusammenzutreten, um in dieser Frage eine endgültige Entscheidung zu treffen. Diefelbe wird sofort der Rheinlandkommission telegraphisch mitgeteilt werden.

Marshall Koch und General Wequand unterrichteten den Obersten Rat davon, unter welchen Bedingungen die Besetzung von Düsseldorf, Duisburg und Ruhrort bisher stattgefunden hat und weiter fortgeführt werden wird.

Die wichtigste Entscheidung, die heute getroffen wurde, besteht in der Annahme des Grundsatzes der Anwendung der Strafmaßnahmen für alle Verbrechen Deutschlands gegen den Versailler Vertrag, sei es, daß es sich um die Entwaffnung handle oder um die Auslieferung der Kriegsschuldigen oder um sonstige Verpflichtungen.

Morgen wird die Konferenz die griechischen und türkischen Delegierten anhören. Gagos wird in den Abendstunden in London eintreffen.

In Erwartung deutscher Vorschläge.

Drahtmeldungen der „Vossischen Zeitung“.

London, 9. März.

In hiesigen politischen Kreisen erwartet man, daß der bevorstehende Kabinettsrat in Berlin von großer Bedeutung für die weitere Gestaltung der Dinge sein werde. Man rechnet darauf, daß Deutschland den Versuch machen werde, die Verhandlungen mit den Alliierten sobald wie möglich wieder aufzunehmen. Kamentlich die Tatsache, daß die deutschen Vorschläge in London und Paris sofort nach Berlin berufen worden sind, wird in politischen Kreisen Londons als günstiges Zeichen dafür betrachtet, daß Deutschland schnellstens den Versuch machen wird, den Fäden wieder anzuknüpfen. Es herrscht die feste Überzeugung, daß Senator Chamberlain und Dr. Mayer deswegen nach Berlin berufen worden seien, um als Überbringer der neuen Vorschläge zu fungieren.

Paris, 9. März.

Die meisten Pariser Blätter äußern die Ansicht, daß Deutschland mit neuen Vorschlägen an die Verbündeten herantritt werden. Sie schließen aus Äußerungen, die Dr. Simons und andere deutsche Vertreter in London getan haben, daß die Berliner Regierung zunächst das Ergebnis der oberösterreichischen Volksabstimmung abwarten will, um dann Vorschläge ohne Erwähnung der bekannten Bedingungen machen zu können. Das „Journal“ bemerkt dazu: „Wenn Deutschland begreifen hat, daß es mit Ausflüchten nichts erreicht, wird die Entente seine neuen Vorschläge mit der gleichen Festigkeit und Verlässlichkeit anhören, die sie in London bewahrt hat.“ „L'Evening“ sagt, daß die Berliner Regierung nach den bevorstehenden Besprechungen mit den Vorschlägen größeres Verständnis für die wahre Lage zeigen wird. Die „Action Française“ berührt einen in hiesigen politischen Kreisen lebhaft diskutierten Gedanken, indem sie dafür eintritt, daß die Verbündeten auf irgend eine Weise im besetzten Deutsch-

land Geldmittel aufbringen müssen, da die Ausdehnung der Besetzung sonst nur eine neue Belastung der verbündeten Völker bedeuten würde. Das Blatt kann aber nur als Sprachrohr der Kleinen Gruppe, die eine Zergliederung Deutschlands als erreichbares Ziel betrachtet, gelten, wenn es weiter vorschlägt, das deutsche Beamtenpersonal durch ein Personal, dessen die Entente sicher kein Wante“, zu ersetzen und eine entsprechende Revision der Rheinland-Kommission verlangt.

Der deutsche Botschafter ist heute früh nach Berlin abgereist.

mp Rom, 9. März.

Nach dem „Messager“ geht in London das Gerücht um, daß kurz nach der oberösterreichischen Volksabstimmung eine neue Konferenz, und zwar diesmal wieder in Brüssel festgesetzt worden sei.

Die Regierungsbildung in Preußen gescheitert.

Provisorium bis Ostern?

Heute um 2 Uhr nachmittags tritt der neugewählte preussische Landtag zu seiner ersten Sitzung zusammen. Der Landtag wird sich heute auf die Konstituierung beschränken. Da die sozialdemokratische Fraktion die härteste gebildet ist, wird ihr der Präsident entnommen werden. Abg. Leinert wird wiedergewählt werden. Zum Vizepräsidenten werden Abg. Bösch vom Zentrum, Abg. v. Kries von der Deutschnationalen Volkspartei und Abg. v. Krause von der Deutschen Volkspartei gewählt werden. Das ist aber auch das einzige, was bisher feststeht. Wie die neue Mehrheit im Landtage aussehen wird, wie die neue preussische Regierung sich zusammensetzen wird, das weiß man heute am ersten Sitzungstage noch nicht.

Die Sozialdemokratische Fraktion hat, wie berichtet, am Dienstag beschlossen, ein Zusammengehen mit der Deutschen Volkspartei abzulehnen, andererseits aber einer bürgerlichen Minderheitsregierung härteste Opposition zu machen. Ihr Ziel war die Wiederherstellung der alten Koalition. Viele ist in der interfraktionellen Besprechung, die zwischen den Sozialdemokraten, dem Zentrum und den Demokraten stattgefunden haben, nicht gelungen. Das Zentrum und die Demokraten hielten den Eintritt der Deutschen Volkspartei für unbedingt erforderlich. Eine Einigung konnte in der interfraktionellen Besprechung nicht erzielt werden. Infolgedessen ist es zunächst nicht möglich, die Wahl des Ministerpräsidenten vorzunehmen und ein neues Kabinett zu bilden.

Vorwiegend wird man von der Möglichkeit des § 159 Abs. 2 der preussischen Verfassung Gebrauch machen und das bisherige Kabinett die laufenden Geschäfte weiterzuführen lassen. Man hält es für möglich, daß sich die Verhandlungen über die Bildung einer neuen Koalition bis Ostern hinziehen. Bleibt das Zentrum bei seiner gestrigen Erklärung — die Demokraten halten sich sehr hart zurück —, dann ist die Wiederkehr der alten Koalition ausgeschlossen. Da aber das Zentrum ebenso eine Koalition mit den Deutschnationalen, also den bürgerlichen Block, ablehnt, ist auch eine Mehrheit aus Zentrum, Deutscher Volkspartei und Deutschnationalen mit Einbeziehung der Welfen und der Wirtschaftspartei nicht möglich. Es bliebe dann nur die Eventualität einer Minderheitsregierung aus Deutscher Volkspartei, Zentrum und Demokraten. Damit wäre zwar die angestrebte „Homogenität“ hergestellt, aber auch die wenig erfreuliche Tatsache einer Minderheitsregierung sowohl im Reich wie auch in Preußen geschaffen. Da die Sozialdemokraten sowohl in Preußen wie auch im Reich in die Opposition übergehen würden, müßte diese Regierung sich mit wechselnden Mehrheiten behelfen und würde bei jeder Abstimmung gefährdet sein. Daß eine solche Regierung weder starke Autorität besitzen, noch die Kraft zu weitreichenden Entscheidungen haben würde, ist selbstverständlich.

Eine „Einladung“ der Deutschnationalen.

Die deutschnationale Fraktion erläßt folgende Erklärung: „Die deutschnationale Fraktion des Preussischen Landtages“ hat in ihrer Sitzung am 9. März sich eingehend mit der politischen Lage, insbesondere mit der Regierungsbildung in Preußen, beschäftigt. Da die Mehrheitssozialisten sich der Bildung einer gegen den Druck des Feindbundes gerichteten Koalition im Reich wie in Preußen verweigern haben, hat die deutschnationale Landtagsfraktion nunmehr an die Fraktionen der Deutschen Volkspartei, des Zentrums und der Deutschnationalen Partei die Aufforderung gerichtet, alsbald in Besprechungen über die Herstellung einer gemeinsamen Regierungsbasis für Preußen und das Reich einzutreten.“

Neuwahlen in Italien.

Von

Mario Passerger.

Verichterstatter der „Vossischen Zeitung“.

* Rom, Anfang März.

Daß die Neuwahlen für das italienische Parlament unmittelbar bevorstehen, leugnet heute eigentlich niemand mehr. Es gibt viele, die sie fürchten und daher zu hintertreiben suchen, aber wie alle Reden, die in den letzten Wochen innerhalb von Montecitorio gehalten wurden, bereits ganz deutlich mehr an die Adresse der Wähler, als an die Ministerbank gerichtet waren, so ist auch dieser Widerstand kaum etwas anderes als Wahlagitation.

Um zuerst von der taktischen Seite zu sprechen: welche Gelegenheit wird sich der Regierung bieten, dem König das Auflösungsdekret zur Unterschrift vorzulegen? Welche programmatische Basis wird sie sich schaffen, um vor das Volk zu treten? Innenpolitisch scheinen ja die größten Schwierigkeiten überwunden. Das Defizit ist von zehn auf vier Milliarden im Jahr herabgedrückt. Das ist eine Ziffer. Aber der italienische Kurs wird deshalb nicht besser, und der Papierumlauf beträgt heute zwanzig Milliarden. Auch das sind Ziffern. Als Giolitti die Regierung übernahm, kündigte er an, daß sein Ministerium über Parteigelegenheiten hinweg sich nur das eine gemeinsame Ziel gesetzt habe, das Land vor Anarchie (rechter und linker Hand) und vor dem Bankrott zu retten. Danach sollte einem jeden Mitglied des Kabinetts die Freiheit wiedergegeben werden. Dieses Kommando hat seine Wirkung kaum mehr wohl erfüllt. Es ist kein Wunder, daß in dem Ministerkollegium manche Energie sich inzwischen erschöpft hat, Meda ist krank, Messio unzufrieden, Croce verärgert usw. Dafür Giolitti unternehmungslustiger denn je. Immerhin wäre das alles noch nicht genug, um einen so unhaltbaren Zustand zu schaffen, daß nur der Appell an das Volk den Ausweg weisen könnte. Die Forderung nach „freien Schulen“ (daß also auch den Priesterseminaren Luft zum Atmen gegeben werden solle) wurde zwar von der Kommission, die den Gesetzentwurf Croce zu prüfen hatte, abgelehnt, und die Popolari haben sofort fundgegeben, daß sie daraus eine Kabinettsfrage machen müssen. Aber auch da ist es nicht ausgeschlossen, daß die Kammer am Ende ganz anders urteilt als die Kommission. Es sind auch keine Anzeichen dafür vorhanden, daß die anderen fiskalischen Gesetze, die Giolitti vorbereitet, auf einen entschiedenen Widerstand stoßen würden. So im Inneren. Was die Außenpolitik anbetrifft, so hängt unendlich viel von London ab, aber sicherlich nicht alles. Wenn Sforza selbst auch seine Rolle ausgespielt zu haben scheint, so wären dem Nachfolger noch nur Abwechslungen in Nuancen gestattet. Tatsächlich bietet sich also ein offensichtlicher Grund zur Ausbreitung von Neuwahlen auf der gewöhnlichen Basis nicht dar.

Dagegen muß man aber die Tatsache halten, daß diese Kammer nach der allgemeinen Überzeugung sich selbst aufgelöst hat, was bei der Größe der Probleme, die ihr gestellt wurden, weiter gar nicht so verwunderlich wäre. Die Parteilagerung ist ja bekannt. Nur durch ein fortwährendes Lavieren zwischen rechts und links war überhaupt eine Mehrheit zustande zu bringen, eine Mehrheit, deren Aufrechterhaltung durch die mittlere Haltung der Alerikalen nicht erleichtert, sondern erschwert wurde. Denn die Popolari legen den größten Wert darauf, nicht als einfache Kompromißler dazustehen, sondern ein bestimmtes Programm zu haben. Dieses Programm stößt wegen seiner sozialen Kühnheit die konstitutionelle Rechte und Linke in nicht weniger als in den freimaurerischen Tendenzen dieser Gruppierungen und ist doch wiederum von der sozialen Abenteuerlust der Sozial-Kommunisten an und für sich zu weit entfernt, als daß die anfänglich für möglich gehaltene Brücke hinüber hätte geschlagen werden können. Ohne die Popolari kann also keine Regierung auskommen, mit ihnen allein ebensowenig, und es ist klar, daß die noch für erforderlich gehaltenen radikalen Reformen bei einem solchen Zustand nicht immer mit der nötigen Beschleunigung und Schärfe durchgedrückt werden können. Von entscheidender Bedeutung ist, daß ganz allgemein jede Partei die Überzeugung heggt, aus den Neuwahlen werde eine nicht unbedeutende Veränderung der Parteiformationen hervorgehen. Wie diese Veränderung sein wird, darüber gehen die Ansichten freilich auseinander, und zu diesen Vermutungen Stellung zu nehmen, ist nicht unsere Aufgabe. Das Programm der verschiedenen Parteien war, als sie in den letzten Wahlgang gingen, ein mehr prinzipielles und sehr wenig detailliertes. Bei der Inangriffnahme dieser Details pliterte in den einzelnen Parteien selbst an sehr vielen Orten die Einheit ab. Von den Sozialisten weiß man, daß sie nicht mehr zusammenhalten und daß sie in die neue Kammer, wenn nicht in drei, so doch in zwei deutlich voneinander getrennten Fraktionen zurückkehren werden. Auch die Popolari könnten, um besser